

20.11.2013

Kleine Anfrage 1767

des Abgeordneten Gregor Golland CDU

Rechtsfreie „No-Go-Areas“ in NRW?

Jüngst musste die Polizei in Aachen einer Gruppe Gewaltbereiter zurückweichen, die die Beamten an der Festnahme eines per Haftbefehl gesuchten 20-jährigen Mannes hinderten.

Eine Polizeisprecherin wird in den Aachener Nachrichten vom 26. Oktober 2013 mit den Worten zitiert: „Das sind Situationen, in denen man sich zum Zwecke der Deeskalation lieber erst mal zurückzieht.“ Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in Aachen fordert in einer Pressemitteilung schnelles politisches Handeln, um den Schutz von Beamten zu gewährleisten und keine rechtsfreien Räume zuzulassen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welchem Milieu bzw. welchen ethnischen Gruppierungen lassen sich die gewaltbereiten 50-60 Personen zuordnen?
2. Wie ist eine derartige Mobilisierung gegen die Polizei in so kurzer Zeit möglich?
3. Gibt es in NRW sogenannte rechtsfreie „No-Go-Areas“, in denen die Polizei machtlos ist?
4. Wie kann und soll die Polizei bei offensichtlicher Überzahl gewaltbereiter Personen die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht halten?
5. Wird die Landesregierung sich auf Bundesebene für eine Verschärfung des Strafgesetzbuches mit dem Ziel einsetzen, dass Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungssanitäter im Einsatz künftig stärker strafrechtlich geschützt werden?

Gregor Golland

Datum des Originals: 08.11.2013/Ausgegeben: 22.11.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de